



# SRG SSR Wahlbarometer

Kurzbericht - Oktober 2017

sotomo

gesellschaft, politik & raum 



**Autoren:**

Dr. Thomas Milic  
Dr. Michael Hermann  
Lorenz Bosshardt

Prof. Dr. Andreas Ladner

sotomo GmbH  
Winterthurerstrasse 92  
8006 Zürich

18. Oktober 2017

## Die wichtigsten Ergebnisse

### Die aktuellen Wahlabsichten: Hohe Stabilität, geringe Zugewinne und Verluste

Die Wähleranteile aller Parteien sind seit 2015 erstaunlich stabil geblieben. Während sich bei Wahlen in den Nachbarländern (Frankreich, Deutschland und Österreich) massive Verschiebungen in den Wählerpräferenzen ergaben, ist die Schweiz ein Hort der Stabilität: Die Gewinne bzw. Verluste der Parteien fallen im internationalen Vergleich höchst bescheiden aus. Gleichwohl gibt es Gewinner wie auch Verlierer. Drei Parteien können im Vergleich zu ihrem Ergebnis von 2015 zulegen: Die Grünen, die GLP und die FDP. Bei der FDP setzt sich der aufsteigende Trend, der sich bereits vor den nationalen Wahlen 2015 abzeichnete, weiter fort. Sie kommt neu auf 17.1 Prozent. Die Grünen können ihre Stimmenverluste von 2015 beinahe wieder wettmachen und erzielen aktuell einen Wähleranteil von 8.1 Prozent. Auch die GLP kann um +0.8 Prozentpunkte zulegen. Die BDP hingegen gehört zu den aktuellen Verlierern. Sie verliert im Vergleich zu 2015 nochmals und liegt nun bei 3.4 Prozent. Die SVP bleibt zwar weiterhin die klar wählerstärkste Partei, muss indessen einen Verlust von -0.7 Prozentpunkte hinnehmen. Auch die SP verliert im aktuellen SRG SSR Wahlbarometer (-1.1 Prozentpunkte). Die CVP schliesslich hat den ersehnten Turnaround noch nicht geschafft und liegt nach Verlusten derzeit bei 10.9 Prozent.

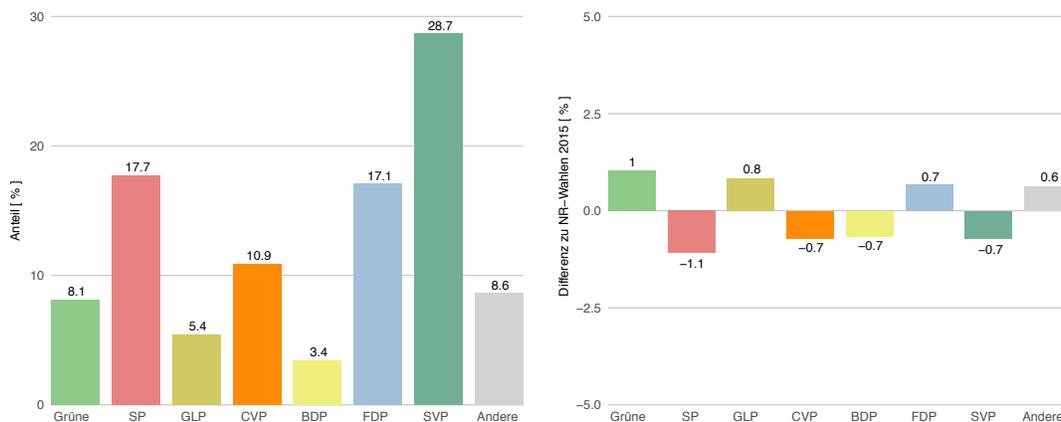


Abbildung 1: Wähleranteil am Total aller Teilnehmewilligen (n=11'606)

## Wahlbedauern und die Wechselgründe

Verluste und Gewinne resultieren zum einen aus Mobilisierungsdifferenzen, zum anderen aus Parteiwechslern. In der vorliegenden Stichprobe gaben 87 Prozent an, sie würden auch heute noch dieselbe Partei wählen wie bei den letzten Nationalratswahlen. Die überwiegende Mehrheit der Wählerschaft ist ihrer damaligen Parteiwahl demnach treu geblieben. Dementsprechend zufrieden ist das Elektorat auch mit seinem Entscheid von 2015. 37 Prozent gaben an, mit dem damaligen Entscheid nach wie vor «sehr zufrieden» zu sein und weitere 47 Prozent sind mit ihrem damaligen Votum immerhin «eher zufrieden». Elf Prozent bedauern ihren damaligen Entscheid aus heutiger Sicht jedoch ein bisschen und vier Prozent würden ihn wohl am liebsten ungeschehen machen («sehr unzufrieden mit damaligem Entscheid»).

Die meisten Parteiwechsel resultieren daraus, dass sich die Problemlage seit 2015 geändert hat (29%) oder die alte Partei die Wertehaltungen des Wählenden nicht mehr vertritt (29%). Die SP verliert vor allem Wähler an die Grünen und an kleinere Linksparteien, und zwar vornehmlich deshalb, weil diese Wechselwähler der Ansicht sind, die Problemlage habe sich geändert. GLP und FDP gewinnen Wähler, weil sie sich einer gewissen Wählerschicht stärker annähern. Noch stärker gilt dies für die CVP: Der neue bürgerlich-soziale Kurs zieht vergleichsweise viele Neuwähler an. Gleichzeitig verliert die CVP aber auch so manchen ehemaligen Stammwähler. Indes, weniger wegen des neuen Kurses, sondern weil sie die – aus Sicht der entsprechenden Wähler – entscheidenden, neuen Probleme nicht genügend anspricht.

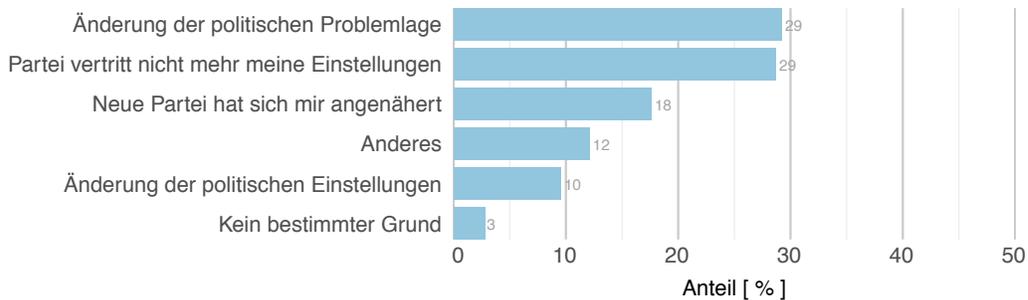


Abbildung 2: Gründe für den Parteiwechsel in % aller Wechselwähler (n =1'368)

## Die Beliebtheit der Parteipräsidenten und Parteipräsidentinnen

Der dienstälteste Parteipräsident, Christian Levrat (SP), ist gleichzeitig auch der bekannteste der sieben abgefragten Parteichefs. Nur gerade zwei Prozent der Teilnah-

mewilligen wussten nicht, wer er ist und weitere zwei Prozent hatten keine Meinung zu ihm. Albert Rösti, der Parteipräsident der SVP, ist 95 Prozent der teilnahmewilligen Stimmberechtigten bekannt, wobei sich drei Prozent keine Meinung zu ihm bilden konnten. Die Bekanntheit der anderen Parteipräsidenten und –innen liegt unter jenen Werten, zum Teil gar erheblich. Jürg Grossen, der frisch gekürte Parteipräsident der GLP, ist beispielsweise einem Viertel der Teilnahmewilligen unbekannt. Bei Martin Landolt (BDP) und Regula Rytz (Grüne) liegen die entsprechenden Werte bei 13 bzw. 14 Prozent.

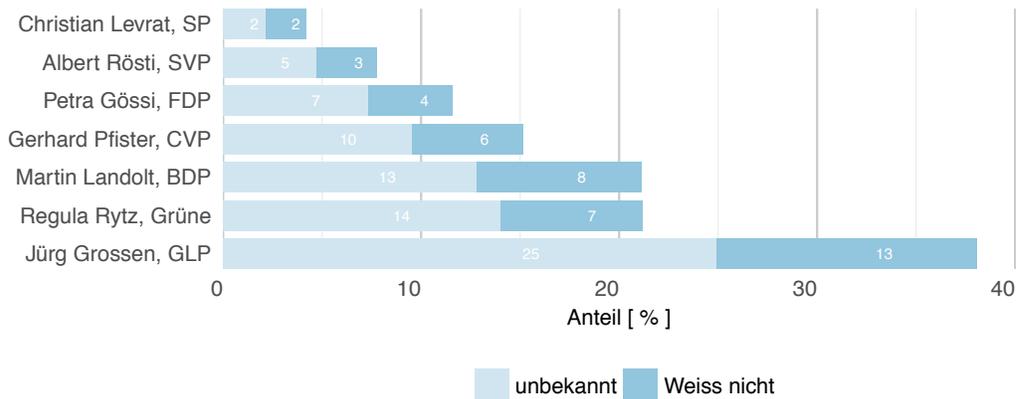


Abbildung 3: Bekanntheitsgrad und Anteil «Weiss nicht»-Antworten auf die Beliebtheitsfrage (n = 11'606)

Die Beliebtheit der Parteipräsidentinnen und –präsidenten wird in erster Linie von ihrer Parteizugehörigkeit geprägt. Sie werden «von Freund und Feind» zumeist als archetypische Parteivertreter wahrgenommen und eher selten als eigenständige Persönlichkeiten. Deshalb korrelieren die Beliebtheitswerte der Parteipräsidenten/innen stark mit den Wähleranteilen der jeweiligen Parteien. Am stärksten polarisieren die Präsidenten/innen der Polparteien, Albert Rösti, Christian Levrat und Regula Rytz.

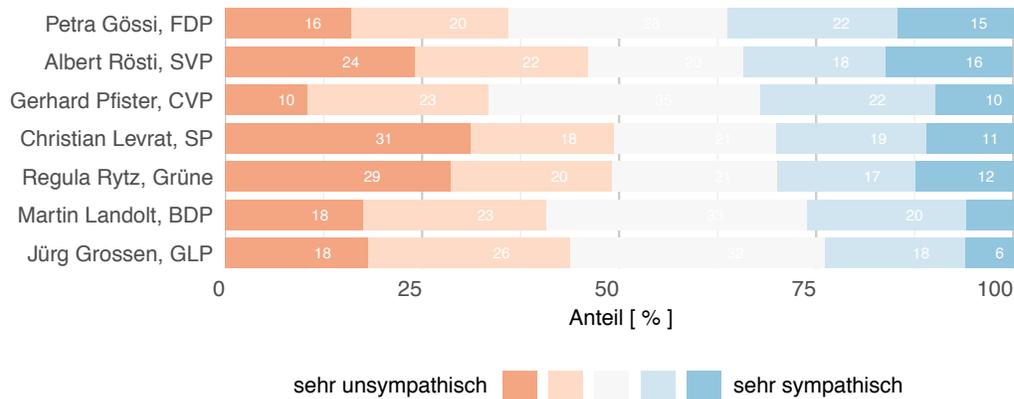


Abbildung 4: Sympathiewerte der Parteipräsidentinnen und Parteipräsidenten in % der Teilnehmewilligen (n = 11'606)

## Die drängendsten Probleme

Das Themenfeld Migration (Migration/Asyl/Flüchtlinge) steht an erster Stelle der Sorgenrangliste der Wählenden. Mit der Schliessung der Balkan-Route und dem (zwischenzeitlichen) Rückgang der Flüchtlingszahlen hat dieses Themenfeld allerdings an Virulenz eingebüsst. Der entsprechende Anteilswert liegt in der vorliegenden Erhebung nur noch bei 21 Prozent. Durchaus bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der Umstand, dass die SVP ihren Wähleranteil trotz geringerer Medienpräsenz des Themas Flüchtlinge und Migration ziemlich stabil halten kann.

An zweiter Stelle rangiert die Gesundheitspolitik. Die kurz vor der Erhebung erfolgte Ankündigung steigender Krankenkassenprämien dürfte sich erheblich auf das Ergebnis ausgewirkt haben. Auch die Einschätzung des Problemfelds «Sozialpolitik (AHV, etc.)» – auf Platz drei des Sorgenrankings – dürfte unter dem gegenwärtig starken Eindruck der eben gescheiterten Rentenreform stehen. Die Altersvorsorge 2020 war unter anderem auch damit beworben worden, dass eine Reform dringendst nötig sei. Viele Wählenden machen sich nun Sorgen, wie es nach dem wiederholten Scheitern einer Reform der Altersvorsorge weitergehen soll.

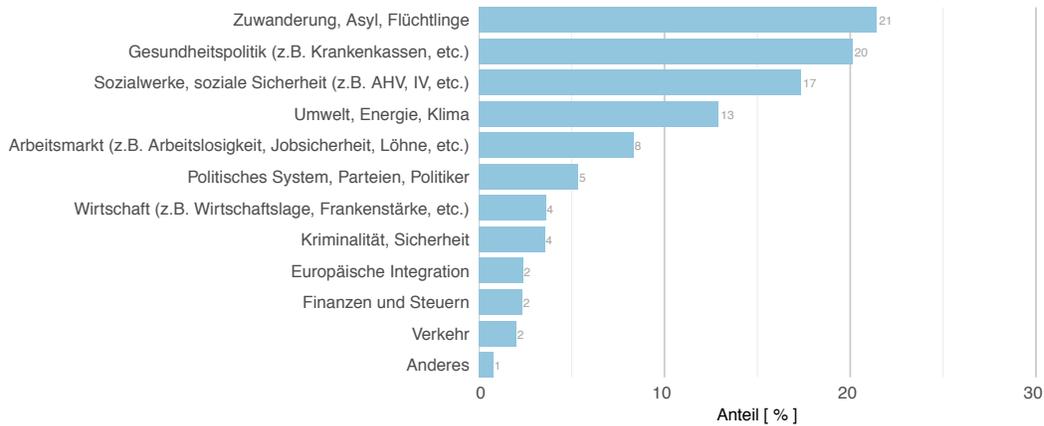


Abbildung 5: Das drängendste Probleme aus der Sicht der Teilnehmewilligen (n = 11'606)

Umwelt, Energie und Klima sind ebenfalls Themen, die beschäftigen. Auch hier ist ein Anstieg im Vergleich zu 2015 zu beobachten. Wie so oft dürften hierbei exogene Ereignisse wie der Bergsturz von Bondo oder der Hurrikan Irma eine Rolle gespielt haben.

Bemerkenswert ist zudem, dass einer der Dauerbrenner unter den Sorgen – die Angst vor einem Verlust des Arbeitsplatzes – die Wählenden derzeit nicht allzu stark umtreibt. Nur gerade acht Prozent der Teilnehmewilligen gab ein Arbeitsmarkt-bezogene Sorge als Hauptproblem an.

## Zur Erhebung und Methodik

### Die Erhebung

Die Vorwahlbefragung von SRG SSR lief zwischen dem 28. September und dem 2. Oktober 2017. Dabei wurden zwei unterschiedliche Befragungskanäle genutzt: Einerseits wurden Interviewteilnehmer aus dem Befragtenpanel von sotomo rekrutiert. Andererseits wurde die Befragung auf den Internetseiten von SRG SSR breit ausgespielt («Riversampling»). Die Teilnehmer rekrutierten sich dabei selbst (*opt-in online survey*). Insgesamt nahmen 7'058 Befragte aus dem sotomo-Pool und 7'005 Befragte über den *opt-in*-Kanal teil, womit sich die Gesamtzahl aller Umfrageteilnehmer auf 14'063 beläuft.

Von den 14'063 Personen, die sich an der Umfrage beteiligten, konnten rund 85 Prozent für die Auswertung berücksichtigt werden. Diese Differenz zwischen der Brutto- und der

Netto-Teilnehmerzahl kommt im Wesentlichen aufgrund von Item-Nonresponse und in geringerem Ausmass aufgrund von Doppelseinträgen und/oder Manipulationsverdacht zustande.

## Die Stichprobe

Jedem Stichprobenresultat haftet eine gewisse Unsicherheit an. Diese Unsicherheit lässt sich niemals - unabhängig davon, welches Auswahlverfahren der Stichprobe zugrunde liegt - aus der Welt schaffen. Allerdings ist es möglich, das Ausmass dieser Unsicherheit anzugeben. Wir können demnach ausweisen, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein interessierender Parameter der Grundgesamtheit innerhalb eines bestimmten Wertebereichs zu liegen kommt. Dieser Unsicherheitsbereich wird in der Statistik mit dem Fachbegriff «Standardfehler» (häufig auch: Stichprobenfehler) bezeichnet, wobei der doppelte Standardfehler (auf einem vorab festzulegenden Konfidenzniveau (zumeist: 95%-Konfidenzniveau)) wiederum das Konfidenzintervall bildet. Die vorliegende Stichprobe beruht auf einer nicht-zufallsbasierten Auswahl. Dies ist für die Intervallschätzung (95%-Konfidenzintervall), die neben der jeweiligen Punktschätzung angegeben wird, von Bedeutung. Anders als bei einer echten Wahrscheinlichkeitsstichprobe (*probability sample*) kann bei einer willkürlichen Auswahl nicht die herkömmliche Formel zur Berechnung des Standardfehlers verwendet werden. Um das Konfidenzintervall für unsere Stichprobe zu ermitteln, wurde der Variationskoeffizient der Designgewichte (CV) ermittelt. Das 95%-Konfidenzintervall für Anteilswerte wurde anschliessend nach der folgenden Formel errechnet:

$$\hat{p} = \pm \sqrt{\frac{1 + CV^2}{n}}$$

Für die vorliegende Gesamtstichprobe beträgt das 95%-Konfidenzintervall 2.24 Prozentpunkte. Das Intervall wächst jedoch - *ceteris paribus* - umso stärker an, je geringer die Fallzahl einer Subgruppe.

## Die Gewichtung

Sinkende Ausschöpfungsquoten erschweren es, repräsentative Stichproben zu ziehen oder zu realisieren. Kaum eine Stichprobe ist in einem strukturellen Sinne repräsentativ. So gut wie alle politischen Vor- und Nachbefragungen im In- und Ausland werden gewichtet. Eine Gewichtung war auch für die vorliegende Umfrage nötig, denn aufgrund des Auswahlverfahrens - die Teilnehmer rekrutierten sich selbst - ist auch die hier verwendete Rohstichprobe kein strukturtreues Abbild der Grundgesamtheit.

Das Ziel einer Gewichtung besteht generell gesprochen darin, die Repräsentativität einer Stichprobe zu erhöhen. Höhere Repräsentativität in einem strukturellen Sinne bedeutet wiederum verlässlichere, «genauere» Schätzwerte. Mit anderen Worten: Dadurch, dass die Stichprobenwerte bestimmter Merkmale an ihre bekannte Verteilung in der Grundgesamtheit angeglichen werden, erwartet man gleichzeitig, dass auch die Verteilung *anderer, eigentlich interessierender* Variablen (in unserem Fall: die Wahlabsichten der Befragten), näher an den effektiven Wert gerückt wird.

Das hier verwendete IPF-Verfahren (*Iterative Proportional Fitting* (IPF, auch *Raking* oder *Raking Ratio* genannt) ist ein Kalibrierungsverfahren. Es gleicht die Randverteilungen der realisierten Stichprobe an bekannte Randverteilungen in der Bevölkerung an. Dies geschieht iterativ nach einem spezifischen Algorithmus.

Für die vorliegende Schätzung wurde das R-Paket *anesrake* verwendet. *anesrake* erlaubt ein sogenanntes *Trimming* der Gewichte. Gemeint ist damit eine «Plafonierung» der Gewichtungswerte, dadurch dass eine Obergrenze definiert wird. Generell wird dadurch, dass man Obergrenzen (und teilweise auch Untergrenzen) für die Gewichtungswerte festlegt, verhindert, dass einzelnen Beobachtungen extrem hohe Gewichtungswerte zugewiesen werden. Gleichzeitig wird dadurch auch eine Verringerung der mittleren quadratischen Abweichung angestrebt. In der angewandten Forschung kursieren unterschiedliche Richtwerte dazu. Battaglia et al. (2004: 4744) schlagen beispielsweise vor, die Obergrenze bei dem Fünffachen des Mittelwertes der Gewichte (1.0) festzulegen. Wir haben entsprechend einen Maximalwert von 5 definiert.

Zu den Hilfsvariablen, nach denen in der vorliegenden Auswertung gewichtet wurde, gehören zum einen soziodemographische Merkmale wie Geschlecht, Alter, Bildungsniveau und Kantonszugehörigkeit. Sodann wurde aber auch nach politischen Merkmalen wie das rückerinnerte Wahlverhalten 2015 und rückerinnerte Abstimmungsentscheide gewichtet. Diese Form von Gewichtung gewährleistet repräsentative Stichprobenkennwerte.